

# Sächsische Zeitung

1920 Nr. 103

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 213



**Bezugspreis:** für dieses und andere Beilagen monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00, für Post bezogen postfrei, halbjährlich Mk. 12,00.  
**Verlagsstelle:** Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentral 7801.  
Halle von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachvertrieb Central 20612.

**Morgen-Ausgabe**  
**Dienstag, 2. März**

**Anzeigenpreis:** Die Spalte 24 mm breit, 10 mm hoch, 10 Zeilen, 10 mm breite Spalten, 200 A. Absatz nach dem Erklärungsbeleg Halle-Saale.  
**Verlagsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30, Fernruf Am Kurfürst 21, 6292.  
Cicero Berlin-Schiffbaukanal, — Verlag von Otto Helbig Halle-Saale

### Neueste Tagesnachrichten

- \* Am Erzbergerprozess wurde gestern nachmittag die Beweisaufnahme geschlossen.
- \* Die zweite Lesung des Reichsfinanzgesetzes musste in der Nationalversammlung wegen Unzulänglichkeit des Hauses ausgesetzt werden.
- \* Das ungarische Parlament wählte unter großem Gepränge gestern Miklos Horthy zum Reichsverwesler.

### Zum Todestage Oberstleutnants v. Klüber

Von Hans Karl v. Schiele.

Mit viel entehrender und trauriger Bilder ziehen an unserer geistigen Auge vorüber, wenn wir die inneren Kämpfe überdenken, durch die unser Vaterland seit der Revolution heimgesucht wird. Bei dieser Fülle von furchtbaren Geschehnissen nimmt es nicht Wunder, wenn Ereignisse, die den einzelnen heute nur noch wenig berühren, in Vergessenheit geraten. Um so mehr, ist es zur Wiederbelebung unseres Gedächtnisses erforderlich, immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, was wir durch die Mühseligkeit der Revolution haben erleben müssen. Denn gerade die einzelnen Ereignisse bilden dieser traurigen Zeit den Stempel auf.

Einer der dunkelsten Tage in der Geschichte der Revolution ist wohl der 2. März 1919, an dem Oberstleutnant v. Klüber in mecklenburgischen Wordingen zum Opfer fiel. Ein Grauen ging damals durch ganz Deutschland und erstreckte sich auf alle Provinzen, als bekannt wurde, wie Oberstleutnant v. Klüber von einer wilden und johlenden Menge unter Todschüssen und Prühlritten durch die Straßen von Halle getrieben worden war, wie seine Wunden ihm von hoher Weisheit in die Seele geworfen, von allen Seiten auf ihn geschossen und als er sich ermannet an das andere Ufer retten wollte, den letzten tödlichen Schuss verriet hatten. Die Täter wurden zu schweren Strafen verurteilt, aber noch ist das ausgesprochene Todesurteil von dem Hauptdelinquenten nicht vollstreckt worden. Nur diese menschenwürdige Tat allein schon beispielsweise im Leben der Kulturvölker, so ist es besonders tragisch, das gerade dieser Mann dem deutschen Volk entrissen wurde. In der Mitte seines Lebens ist er das Opfer eines politischen Mordes geworden. Frau und Sohn trauern in unlagigerem Schmerz um den Verlust ihres treuesten Beschützers. Jeder, der ihn als Kameraden kannte, schätzte ihn wegen seines vornehmen Charakters und seiner hohen Meinung. Sein früherer Beruf, seine schnelle Auffassungsgabe und seine unermüdete Arbeitssucht machten ihn zu einem unserer besten Generalfeldbesitzer, der die französische Offensivtät im September 1917 bei Meims durch seine geniale Führung zum Scheitern brachte. Wie er im Felde mehr als einmal seine Unerschrockenheit vor dem Feinde bewiesen hatte, so trarb er im Dienste für sein Vaterland als ganzer Mann von seinen Wunden. „Beiglinge!“ war sein letztes Wort. Ich will hier keine Redegaben halten. Sie sind es nicht, weil diese Welt in Verwirrung liegt, die verhebt durch politische Abhandeln, die Welt zum Zungenfüßer für den Tod machen. Und das deutsche Volk verfährt hier nicht.

Mein, erkennen und leben sollen soll dieser entsetzliche politische Mord, in welche Abgründe die Wogen der Revolution geführt haben, und welche Zukunft uns blüht, wenn derartige Elemente in unserem Vaterland die Oberhand gewinnen. Unser Volk, das jetzt zerstückelt am Boden liegt, braucht Männer der Vergangenheit als Vorbilder, an denen es sich aufrichten kann, Männer, die sich, wie Oberstleutnant v. Klüber, durch deutsche Gesinnung, Kraft und Willensstärke hervorragen haben.

### Die Abfimmung in Majoren

Zwei über Angst.

**Minister, 1. März.**  
Angst Montag, der Oberpräsident von Thüringen, teilte mit, nach Ausfragen von Mitgliedern der Entente-Kommission wurde die Abfimmung in Majoren (Spezialkommission) der Zukunft feststehend. Die Ausländer können auf Grund ihrer persönlichen Kenntnis der Verhältnisse als außerordentlich günstig angesehen werden.

### 250 000 Mann heimkehrt

Berlin, 1. März.

Die Reichsregierung für Kriegs- und Kriegsangelegenheiten teilte mit, dass bisher rund 250 000 Mann, darunter über 400 000 Offiziere, aus den Kriegsgeschehnissen zurückgeführt sind. Durch den Generallieferanten der Eisenbahnen in Frankreich wurde der Eisenbahnen bisher nicht behindert. Es sind noch gefahren auf den bekannten Linien die übrigen sechs Kontrakte und der Eisenbahnkampagne eingetroffen. Auch liegen schon Meldungen über ein ankommen von 200 000 Mann.

## Beendigte Zeugenvernehmung im Helfferichprozess

### Vernehmung des Ministers Dr. David

(Zwangsbericht unseres H.-Sonderberichterstatters.)  
Berlin, 1. März.  
Am Verlaufe der Vernehmung des gestrigen Montags wurde über die Friedensresolution debattiert. Auf Befragen des Abgeordneten G. Gordon erklärte Minister David weiter: Er wisse genau, dass der Abgeordnete Erzberger die Zentrumsfraktion von seiner Absicht, die Friedensresolution einzubringen, vorher informiert habe. Er, der Zeuge, ist damals mit Erzberger nicht einverstanden gewesen und sei dem entgegengetreten. Minister David überreichte im Anschluss daran dem Bericht ein Exemplar, welches im Oktober 1917 aus dem Gedächtnis über die Vorgänge im Juli aufgesetzt wurde und eine Besichtigung dessen enthält, was der Zeuge ansagte.

Auf weitere Fragen des Abgeordneten G. Gordon, ob Erzberger mit seiner Resolution gar nicht die Absicht gehabt habe, der Reichstagsler zu stützen, erklärte der Zeuge, dass Erzberger im Gegenteil noch bis zum Mittwoch nach dem Vorfall erzwungen habe, Bestmann Solowig zu halten. Der Zeuge kommt dann auf Erzellen S. Pahn zu sprechen, von dem er erklärt, dass dieser über den Vorfall nichts wusste. Der Zeuge, dass Erzellen S. Pahn in der Sitzung vom 6. Juli erklärt hat, dass die Zentrumsfraktion zu dem Antrag Erzbergers keine Stellung genommen hat? Der Zeuge: Ganz recht. Am Abend vorher hatte Herr Erzberger gegenüber dem Zeugen, so Worte zu kommen, ist aber daran geblieben worden.

Helfferich: Die Fraktion war also am Donnerstag Abend über den Vorfall nicht informiert?  
Zeuge: Nein.  
Helfferich: (weiterhin fragend): Ersuchen, wollen Sie als Zeuge bezeugen, dass Sie im Meinland unbekannt sind und gegen die Erzbergerische Resolution gesprochen haben?  
Korrespondent: Aber Erzellen, was sollen wir mit dieser Frage?  
Helfferich: Ich möchte wissen, wie das Verhältnis zwischen dem Zeugen und Herrn Erzberger war.  
Zeuge: Ich habe im Anschluss an die Frage, die der Zeuge gestellt haben, mich nicht an die Sache erinnert. Der Zeuge, dass Erzberger, wenn wir mit, wenn ganz niedrige sind, wenn wir der Zusammenkunft drohte. Deswegen möchte ich die Stimmung an freierhalten.  
Es kommt nun zu einer sehr wichtigen Ausenberkung zwischen dem Zeugen und dem Berichterstatter, die der Zeuge schließliche mit den Worten äußert, die Herren möchten das doch außerordentlich der Sitzung erleben.

H. A. Hübner: Warum hat der Herr Berichterstatter nicht den Ausdruck des Berichters von Erzberger in der Sitzung mitgebracht. Ich verbitte es mir, dass ich hier so schwer beleidigt werde. Ich bin stolz auf meine Resolution. (Große Geheißel im Publikum und Zusage.)

Korrespondent: (sehr erregt): Wenn das noch einmal vorkommt, dann werde ich mit den Herren einmischen. Wir sind doch hier nicht im Theater!  
Helfferich: (sehr ruhig): Minister David als Zeuge aufgerufen und nach der neuen Formel bezeugt. Erzberger bittet, dem Zeugen eine Anzahl Fragen vorzulegen, aus denen hervorzugehen soll, ob die so genannte „Kriegsfraktion“ der Reichstagsler auf die Friedensresolution in der Sitzung am 6. Juli aufmerksam gemacht habe.  
H. A. Hübner protestiert gegen diese Frage und behauptet, dass sie in Gegenwart des früheren Reichstagslers v. Bestmann Solowig gestellt werde.  
Korrespondent: Mit dem Herrn Minister das Zustandekommen der Friedensresolution bezeugt?

Zeuge Minister David: Gebenmann und ich hatten den Reichstagsler v. Bestmann Solowig aufgeführt. Gebenmann sprach zuerst und erklärte, dass wir von der Partei beauftragt worden seien, mit dem Minister über die drohende Situation, die Sprache zu nehmen. Der Reichstagsler hatte eine Sitzung mit dem Fraktionsvorsitzenden abgehalten. In dieser Konferenz ist die Forderung aufgestellt worden, es solle eine Regierungserklärung abgegeben werden, die sich gegen die Annexion aussprach, und es wurde fernher von der Regierung die Demotivationierung im Innern verlangt. Ich kann mich nicht erinnern, dass eine derartige Regierungserklärung gerade zu dieser Zeit abgeben worden habe. Er hat uns, das was wir ihm vorgetragen haben, in einer Druckschrift niedergelegt. Wir haben dies sofort und überbrachte die Druckschrift der Reichstagsler vor der Sitzung des Reichstags in der Sitzung am 6. Juli. Ich fand eine Sitzung im Reichstags mit dem Minister, an welcher die Herren Helfferich, Wagnersche und andere teilnahmen. Gebenmann und ich sprachen wiederholt über den bittenden Inhalt der Lage. Wir verlangten eine Erklärung der Regierung, dass wir leblich einen Vertigungsplan aufstellen und keinerlei Annetionsabsichten hätten. Die Regierung zeigte uns aber keinerlei Entgegenkommen. Die Auffassung der Regierung ist, dass die Abgabe einer derartigen Erklärung nicht wünschenswert ist, zumal der Reichstagsler wollen sollte. In der Sitzung am 6. Juli sprach am ersten Male Gebenmann über die Lage. Er sprach außerordentlich ernst und sagte, das Volk habe die Rechte verloren zur Regierung und zu allen Regierungserklärungen verloren. Am zweiten Tage sprach Hübner, der ausführliche die Regierung gegen dem Vorwurde entgegnete, wenn sie nicht unsere Bestätigung annehme. Bestmann Solowig hat im Weiteren, aber ein ungeliebter Zauderer. Nach längerer sprach der Abgeordnete G. Gordon, der die Revolution an die Wand malte.  
Korrespondent: Wenn ich Sie jetzt befragen, sochten Sie die

Rebe Erzbergers nicht als etwas auf, worauf die Regierung geht sein müßte.

Zeuge: Die Regierung befand sich in einer überaus kritischen Situation, weil sie bei einer Ablehnung unserer Forderung mit der Nichtbewilligung der Kredite durch die Sozialdemokratie rechnen mußte.

Vorsitzender: Die Regierung befand sich in einer kritischen Situation. Können Sie uns aber nun sagen, ob Sie den Vorstoß Erzbergers ernstlich ablehnen? Sie sagten damals, daß der Antrag Erzbergers: Das kann ich nicht lösen.

Minister David: Das kann ich nicht lösen.  
Erzberger: Hat meine Rede am 6. Juli im Hauptsaal nicht sich nicht aus der Verhandlung ergeben und betrafen die Verhandlungen nicht, so weil wir von der Regierung keine befriedigende Antwort erhalten hätten?  
Zeuge: Ein Aufsehen, daß die Regierung geneigt war, unseren Vorschlägen nachzugeben, bestand nicht.  
Helfferich: Minister David hat die eine Seite der Verhandlungen dargestellt, er hat aber nicht gesagt, was Bestmann Solowig im Reichstagslerpalast und was ich im Reichstags am Innern auf die Verhandlungen der Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion erwidert haben. Ich sagte damals, daß der Antrag Erzbergers seinem kritischen Zeitpunkt näher sei. Wir müßten den Einbruch vermeiden, daß wir vor dem Zusammenbruch ständen. In der Budgetkommission bin ich den Sozialdemokraten mit größter Entschiedenheit entgegengetreten. Über erklärte, wir könnten nicht mehr und jeder Fehler sei besser als die Fortsetzung des Krieges. Ich erwiderte, wenn wir gewonnen seien, jetzt Frieden zu machen, so müßten wir einen Interimverwalter annehmen, der für uns und unsere Ansehender Strafen bedeute. Wählte der Zeuge, daß Erzberger dem Reichstagsler die Absicht eines Vorstoßes mitgeteilt habe?  
Zeuge: Nein.

Helfferich: Sie waren am 6. Juli abends zusammen mit anderen Abgeordneten bei Reichstagsler.

David: Es ist richtig. Wir waren bei Herrn von Bestmann Solowig. In der Fraktionsführung, die vorher stattgefunden hatte, herrschte eine lebhafte Diskussion über die (abgewandten) Fragen. Ein Teil von uns war der Ansicht, daß der Reichstagsler innerlich mehr zu den Amerikanern als zu uns stand, daß er ein Reaktionsler sei und daß er in der Frage der Amerikaner anders dachte, als sprach. Es wurde deshalb der Reichstagsler gemacht, daß die Exponenten dieser Ansicht, G. Gordon und Bestmann, mit uns zu Bestmann Solowig gehen sollten, um ihn über diese Frage selbst zu unterrichten.

Helfferich: Herr v. Bestmann hätte sich einem Vorstoß Erzbergers nicht schärflich widersetzt, wenn er davon Kenntnis gehabt hätte. So freilich konnte Herr Erzberger zu Erzellen am 7. Juli mit Recht sagen, Bestmann Solowig könne sich gar nicht auf den Boden irgend einer Resolution stellen.  
David: Wie wird dann auf die Vernehmung Hübners beigiehet.

Darauf tritt eine kurze Mittagspause ein.

### Die Nachmittags-Sitzung

Nach der Mittagspause gibt der Vorsitzende folgende Erklärung ab: Ich möchte den Angeklagten nochmals bitten, alle persönliche Fragen zu vermeiden. In der Öffentlichkeit entliehe dadurch der Eindruck, als ob ich meine Aussagen zu viel geteilt und der Eindruck der Unparteilichkeit mit dadurch beeinträchtigt. Ich bin nicht parteilich, ich kann mich nicht in Anspruch nehmen. Ich bitte mich nicht zu erwidern, daß ich mit Ordnungsrufen eingreifen muß.

Helfferich: Ich erlaube mir hierauf, daß ich gern den Anordnungen des Vorsitzenden folgen würde und daß sein Temperament ihm nur manchmal zu Heißigkeiten hinreize.  
Es wird Hübner nochmals in die Erklärung des Hübner Ode und die Bitte eintrifft. Die hierzu erwiderten württembergischen Herren Minister Baumgarten, G. Gordon, H. A. Hübner und Dr. Wasser mann die heute morgen zur Stelle waren, sind jetzt beim Aufbruch nicht anwesend. Es wird daher zunächst

Reichsfinanzminister Schmidt vernommen. Dieser hat sich nach der alten Formel bezeugt und erklärt auf die Frage nach seiner Konfession, er wäre Katholik. Der Zeuge sagt aus: Im Juli sind bei ihm Vertreter der württembergischen Regierung erschienen, um mit ihm einen Vertrag über Einführung von Regimentsuniformen abzuschließen. Dieser hat der Reichsfinanzminister Erzberger mit dem Herrn G. Gordon gesprochen. Von der württembergischen Regierung, aus der der Antrag ohne großen Nachdruck unterstellt worden. Auch ein Dr. Dorn hat bei der Verhandlung zugegen gewesen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Minister weiter, er habe nicht das Gefühl, daß er sich um eine Sonderabfertigung für die Firma Dorn handelt, hätte er den Vertrag bezeugt nicht genehmigt. Er habe Dorn für einen Vertreter des Konfessions gebeten.

Dr. Hübner: Haben Sie mit dem Minister Erzberger darüber gesprochen?  
Zeuge: Nein, das ist mir nicht mehr in Erinnerung.

Erzberger: Es ist mir früher geworden worden, daß ich bei der Entschädigung der Redereien das Reichswirtschaftsministerium umgangen habe. Willst du dann der Herr Zeuge auch bezeugen aufsetzen?

Helfferich: Mit dem Herrn Zeugen bezeugt bekannt, daß die Vorenthaltung für die Rederei in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark von Erzberger unterzeichnet worden ist?  
Zeuge: Ob Herr Erzberger unterzeichnet hat, weiß ich nicht. Helfferich: Ich möchte mit dem Herrn Reichstagsler fragen, ob es richtig ist, daß noch, während dieser Prozesse, die (sämliche) von Hübner dem Herrn Generaldirektor Hübner dem Reichstagsler der Betrag von 400 Millionen als Vorenthaltung



gung für den Ausfall der Lothringischen Erben vom Reichsminister Erberger geäußert worden ist, zumal die Verhandlungen in der Richtung darüber noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

**Erberger:** Ich glaube nicht, als Reichsminister darüber Auskunft geben zu müssen. Zu welchem Thema sollen denn diese Fragen gehören?

**Dr. Müllers:** Zum Thema „Verordnung“.

**Erberger:** Das heißt, daß ich nicht irgend eine Verordnung ausgeben habe. Einzelheiten kann ich nicht ausgeben. Es handelt sich nicht um die Firma Hülshoff allein, sondern um alle lothringischen Firmen. Darauf wird der dritte Bergische Minister Hermann als Zeuge benommen.

**Berliner:** Hülshoff, Herr Minister, den Ziel Eszelsky? Ich will nämlich niemand mit einer falschen Anschuldigung tun.

**Der Zeuge** weicht nämlich ab und schließt dann zur Sache, daß es unrichtig ist, daß durch den Vertrag der württembergischen Regierung mit der Schweiz die Firma Hülshoff und Dr. Dentz ferner werden sollten. Es handelt sich lediglich darum, der württembergischen Regierung einen Kredit für Lebensmittel zu verweigern. Von einer Liquidation Dr. Dentz war gar keine Rede. Bei dem Kreditbittenden hat Erberger nicht mitgewirkt, wohl aber war für den Abschluß des Vertrages die Zustimmung der Reichsregierung notwendig. Aus diesem Grunde wurden zwei Beamte nach Weimar entsandt, denen ich Dr. Dentz anständig, Erberger habe erklärt, daß seine Firma in der Schweiz durch diese Sachen nicht gefährdet werden. Wie unten der Reichsminister Hermann als Zeuge benommen ist, in einem feinen Netz in Kraft getreten.

**Berliner:** Es liegt also keinerlei Einmischung Erbergers vor?

**Zeuge:** Nein.

**Helfer:** Der Vertrag wird von Ihnen als gültig bezeichnet werden. Lebensmittel sind auch gar nicht eingeführt worden, dagegen viel Textilwaren. Das ist doch eine totallose Ab- vorgungung der Firma Dentz.

**Dr. Müllers:** Bei welcher Zustimmungsabgabe haben Sie sich nun der Hilfe des Herrn Erberger bedient?

**Zeuge:** Die den 800 000 Prozenten und bei den 250 000 Weimern Baumwollstoffen.

**Erberger** bemerkt, daß sich die Art seinerzeit Reute mit Wänschen an ihn gemeldet haben, die gar nicht sein Reute seien. In diesem Fall gab er nur eine Willenserteilung mit, damit die Reute an der gültigen Stelle weiter gebracht werden. Das war unter dem allen Neigung so und wird auch wohl in Württemberg so gehandhabt werden. Er wisse nicht, wie er anders befehlen sollte.

**Helfer:** Ja, Herr Erberger, bin ich denn als Reichsminister und würde niemals für ein Geschäft, das ich als eine Schieberlei ansehe, eine Empfehlung geben.

**Erberger** erwidert: Ich stehe auf einem anderen Standpunkt als Sie, und zwar auf dem der Hilfsbereitschaft. Wo ich helfen kann, helfe ich gern. (Helfer.)

**Nach einer kurzen Behandlung** eines Herrn Dr. Waffermann, der ebenfalls in Weimar anwesend war und über eine Mitteilung Erbergers nichts beibringen kann, wird der württembergische Gesandte Hildebrand benommen.

**Der Zeuge** kann über einen Einfluß Erbergers bei seinem Vertragsabschluß ebenfalls nichts beibringen. Er ergriff aber die Gelegenheit, um das Abkommen für ein durchaus ermuntertes zu bezeichnen. Er weist es lebhaft zurück, wenn im Zusammenhang mit dieser Affäre von einem Schiebergeschäft gesprochen werden soll. Der Zeuge wendet sich zum Angeklagten und sagt: Dieser Vorwurf ist ebenso leichtfertig, wie die ganze Angelegenheit des Herrn Helfers leichtfertig war. (Allgemeine Bewegung.)

**Berliner:** Das geht aber entschieden zu weit, Herr Zeuge. Ich habe in meinem Entgegenkommen Ihnen das Wort zu einer kurzen Erklärung gegeben und sehe nun, wohin das wieder geführt hat. Sie können hier unmöglich den Angeklagten befehlen und ebensowenig die Regierung verteidigen. Das ist nicht Sache des Reichstages. Ich sehe auch daraus, welche Hochspannung hier im Saale herrscht und wie hohe Zeit es ist, daß wir zu den Wählern kommen.

**Nachdem** als letzter Vorwurf noch Major von Steffan kurz benommen worden war, erklärt Bundesgerichtsdirektor Baumdad in vierter Nachmittagsstunde die Revisionsanfrage für geschlossen.

**Wegen** vornämlich auch als Vertreter der Staatsanwaltschaft, zunächst Oberstaatsanwalt von Strauß Platzhieren.

### Der ungarische Reichsverweiger

Eigene Drahtmeldung der „S.“

Unter feierlichem Gepränge wurde heute die Wahl des ungarischen Reichsverweiger vorgenommen. Nikolaus Sereb wurde mit einem stolzen und stolzen in der Nationalversammlung empfangen und einleitend zum Reichsverweiger ernannt, worauf die feierliche Sitzung stattfand.

(Nachdruck verboten.)

### Das Spiel mit dem Tode

Roman von Lola Stein.

„Amerikanisches Copyright 1910 by Carl Dancker, Berlin.“

„Arel atmete ein wenig auf. Gütte er geahnt, daß die Dinge sich für Majas Ungunsten kommen, er hätte geschwiegen. Er hätte seinen Argwohn tief in sich vergraben und einzig geschwiegen. Wenn lieber wollte er Majas an der Seite Raoul Bronnarts sitzen, ahnungslos, wenn sie angeblich, als im Zuchthaus oder noch schlimmer... Rein nicht das, nicht das denken. Dieses Entschlossene, das einen den Verdacht rauben konnte.“

„Er hätte auf.“ Er dachte kaum noch an den toten Bruder und an seine Pflichten, den Verdorbenen zu rächen. Das alles erschien ihm jetzt nichtig und unbedeutend im Vergleich zu seiner Angst um die geliebte, die bedrohte Frau. Sie brachen nun von allen Möglichkeiten, die der Prozeß bringen konnte, erschöpften sich in Vermutungen und Ängsten und Zweifel.“

„Maja war nur so ruhig wie Bronnart, sie hätte gewonnenes Spiel,“ meinte Frau Lindner nachdenklich, „aber ihre Unfähigkeit, ihre Gebrodenheit läßt fremde Menschen vielleicht nicht so ganz an ihre Unschuld glauben. Wir, die wir sie kennen und wissen, wie sie ist, verstehen diese völlige Melancholie und Trauer, in die sie verfallen scheint, so nur zu gut.“

„Nein,“ sagte Arel, „da ist mehr, als auch wir wissen. Majas ist eine andere geworden in diesen Monaten. Und das hat nicht nur die Unterdrückung gemacht.“

„Was denn sonst, Arel?“

„Das ahne ich nicht. Aber wer weiß, welche inneren Erlebnisse sie in dieser Zeit gehabt hat?“

Frau Lindner fragte nach Gräts Eltern und Brüdern.

„Das junge Mädchen ergriffte vollständig den erstickenden Stimmung, die bei ihnen im Saale herrschte. Von den Gesängen der ihre Mutter machte, von seiner Anwesenheit und

### Die Krise in Preußen

Um die Wählung der Abgeordneten. — Ein Kompromiß. Berlin, 1. März.

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt:

Die Krise in preussischen Staatsministerium hat im Laufe des heutigen Tages keinerlei Aenderung erfahren, doch dürfte die Frage, ob die Wählung des Reichstages Abgeordneten zu Veränderungen im preussischen Kabinett führen wird, in nächster Zeit schon gelöst werden. Die mehrheitsfähigen Fraktionen der Landesparlament und der Nationalversammlung sind heute Abend zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten. An der Sitzung nahmen auch die mehrheitsfähigen Minister, ebenso der preussische Finanzminister Schäfer teil. Über den Verlauf der Sitzung wird später nichts Bestimmtes mitgeteilt. Soweit aber bekannt geworden ist, haben sich die von Landtagspräsidenten Kraus, Kämpfer, Mitglieder des preussischen Staatsministeriums, auch die Sozialisten, für den Entwurf des Finanzministers Schäfers erklärt und am 22. Januar nächsten dem Vertreter des Kaisers, dem Grafen Calenberg und dem preussischen Minister Eitel und am Sonntag folgende notarielle Protokoll ist unter Vorbehalt der Zustimmung der preussischen Landtagsparlament gestiftet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zwischen den Sozialdemokraten und den anderen Parteien bezüglich der Wählung der Abgeordneten zu einem Kompromiß kommt.

Im Anschluß an die Sitzung der beiden mehrheitsfähigen Fraktionen wird eine interfraktionelle Beratung der drei Reichstagsparteien stattfinden, die sich mit der gleichen Frage beschäftigen soll. Soweit bekannt ist, steht die Zentrumspartei dem mehrheitsfähigen Antrag feindselig gegenüber und auch die demokratischen Fraktionen hat sich bisher mit der von den Mehrheitsfraktionen gewünschten Wählung nicht befremden können.

Ein neuer Geschäftsbereich der Koalition kann aber auf keinen Fall die Rede sein. Keine der drei Reichstagsparteien hat die Absicht, ihren Standpunkt in dieser Frage bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, vielmehr hat man den Gedanken, als ob alle drei Parteien sich diesem Bemühen, eine Lösung zu finden, die vom Kaiserlichen Standpunkt aus annehmbar ist, aber trotzdem dem sozialdemokratischen Vorschlag weit entgegenkommt. Man hält die Zeit für nicht günstig, wegen dieser Frage im preussischen Staatsministerium Veränderungen zu treffen, die auch in der Zustimmung des Reichstages Fortsetzung nach sich ziehen müßte.

### Verfassungswidrige Nationalversammlung

2. Sitzung des Reichseinkommensteuergesetzes Berlin, 1. März.

Präsident Hebenack eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Herr von Helldorf (N. S.) bemerkt zur Einleitung in der Tagesordnung, seine Partei werde im Laufe der Sitzung den Antrag einbringen, die Verordnung des Reichspräsidenten aufzugeben, welche das Steuergesetz verfährt, indem sie Todesstrafe bei Straßvergehen einführt.

Die Reichsversammlung hat zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen.

Das Gesetz geht ohne Aussprache an den Verfassungsausschuß.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung des Entwurfes des Reichseinkommensteuergesetzes.

Zu § 2 (persönliche Steuerpflicht) begründet Herr Dr. Weder-Deffen (D. V.) den Antrag, der doppelte Aufschlag auf das Einkommen aus ausländischen Grundbesitz oder Bienenstöcken verbotener sei, soweit nicht durch andere Gesetze wird, daß der Steuerpflichtige sich nicht seinen inländischen Steuerpflichtigen durch den ausländischen Besitz hat entziehen wollen.

Der Antrag Dr. Weder wird abgelehnt, § 2 angenommen, ebenso weitere Paragraphen des Entwurfes.

Zu § 12 begründet Herr Weder (N.) den Antrag, daß Gewinne aus Veräußerungen von Grundbesitz nicht steuerbar sein sollen, es sei denn, daß die Grundstücke innerhalb der letzten fünf Jahre erworben wären (Verzinsung: 10 Jahre). Der solche Grundbesitz nicht gefast werden.

Bei der Abstimmung über den Antrag Weder bleibt das Büro zweifelsfrei, weil während der Abstimmung noch Abgeordnete den Saal betraten.

Präsident Hebenack: Es ist ein Grund, daß die Herren bei der Abstimmung nicht im Saale anwesend sind, sondern im Restaurant sitzen.

Der Sammelruf ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Für den Antrag haben 87, gegen ihn 100 Abgeordnete gestimmt.

Schluß: 2½ Uhr.

Nachmittag: 2½ Uhr.

Präsident Hebenack eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 45 Min. Er bemerkt: Vielleicht gelingt es den Herren Reichstagspräsidenten das Reichstagspräsidenten der Abgeordnetenversammlung zu wählen, hat die Reichstagspräsidenten nach dem mal ein beschlußfähiges Haus zusammenkommen (Und das im Detail des Parlamentarismus (N. S.).

Die Beratung wird fortgesetzt.

Der Antrag Dr. Weder-Deffen (D. V.) wird angenommen, abgelehnt von dem Antrag Weder (N. S.) der zurückgezogen wird. Zu § 13 beantragt Herr Weder (N. S.), daß vom Gesamtertrag der Einkünfte in Abzug zu bringen seien angemessene Rückstellungen für Altersrenten.

Herr Weder (N. S.) beantragt, daß auch in Abzug gebracht werden dürfen Beiträge zu politischen, wohltätigen und kultur-fördernden Vereinen, soweit sie 10 Prozent des Einkommens nicht übersteigen.

Unterstützung für Mische sprich gegen den Antrag.

Der Antrag Hebenack wird bis zur 8. Sitzung zurückgelassen.

Herr Dr. Weder-Deffen (D. V.) beantragt, daß Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvereinen usw. abgezogen zu werden. Herr Weder (N. S.) begründet ebenfalls mehrere Abänderungsanträge.

Nach weiterer Debatte werden die Anträge Hebenack und der Antrag Weder betreffend die öffentlich-rechtlichen Berufsvereinen angenommen.

Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Zu § 16 wird ein Antrag Dr. Weder-Deffen angenommen, wonach das Einkommen des Grundbesitzbesitzers auch seinen mitberührenden Kinder zusammenzurechnen werden soll.

Die §§ 19 und 20 werden gemeinsam beraten. Herr Weder (N. S.) begründet einen Antrag Dr. Weder (N. S.) und Herr Weder, auf den sich die Reichstagsparteien und die Rechte geeinigt haben, wonach der beim Steuerpflichtigen hinzuzurechnende Grundbesitz sich bei einem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt, um 200 Mark für die zweite und die dritte zur Auszahlung gültigen Verrenten erhöht, sofern letztere das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Unterstützung für Weder. Der Antrag Weder wird mit einem Ja und einem Ja und einem Ja begrüßt; aber schließlich konnte man darüber reden.

§ 19 wird in der Sitzung angenommen.

§ 20 wird in der Sitzung angenommen.

Unterstützung für Weder. Der Antrag Weder wird mit einem Ja und einem Ja begrüßt; aber schließlich konnte man darüber reden.

Wegen 1 Uhr Fortsetzung; vorher Anträge, nachher weitere Steuerberatungen.

### Preußenparlament

Berlin, 1. März.

Zur Beratung steht der Antrag Graf v. Braunfels (S.) über die Ausübung der Wehrkräfte und der Kasse.

Es folgt die Beratung der Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die parteipolitische Arbeit der Reichstags- und Reichstagsparteien. In diesen Mitteilungen heißt es, daß nach den Verhandlungen über preussische Ministerien und des Staatsministeriums für Kolonialverwaltung seit dem Ausbruch der Revolution für Herstellung und Verbesserung von parteipolitischen Flugblättern und Schriften Staatsbesitz nicht (S.) verwendet worden seien.

Herr Weder (N. S.) die Zentrale für Heimatdienst verbreitet tatsächlich parteipolitische Propaganda, unter anderem durch die Verteilung von Flugblättern, die parteipolitische Propaganda aus Staatsbesitz ausstrahlen. Auch die Ausgaben für die Zentrale für Arbeiterbildung dienen in Wahrheit parteipolitischen Interessen. Die Frage der Regierung, ob sie die Unterdrückung der Zentrale für Heimatdienst in der Verfassung parteipolitische Propaganda aus Staatsbesitz ausstrahlen.

Ministerpräsident Graf: Die Regierung wird sich schließlich gegen jede Propaganda wenden, die sich gegen das Programm, insbesondere gegen ihren Charakter als Nationalvereine richtet. Diese Meinung wird in der Reichsregierung übergeben. Die Zentrale für Heimatdienst untersteht dem Reich. Die Regierung hat keine Staatsmittel für Arbeiterbildung ausgegeben. Für die Zentrale für Arbeiterbildung werden wir gern Geld ausgeben. Leider erlauben es unsere Finanzen nicht, diesen Betrag für die Zentrale für Heimatdienst zu zahlen.

Herr Weder (N. S.): Frau aller Abgeordneten der Regierung behalten die auf Staatsbesitz hergestellten Flugblätter der Zentrale für Heimatdienst den parteipolitischen Charakter. Auch durch Wanderredner sucht sie parteipolitisch zu wirken. Wie kann die Regierung verlangen, daß wir als Steuerzahler dafür auch noch unser Geld hergeben?

Herr Weder (N. S.): Wie sind nicht mit allen Maßnahmen der Zentrale für Heimatdienst einverstanden. Überdies erkennen wir auch die Zentrale für Heimatdienst als neutral an.

Auf Antrag der Reichstagsparteien wird die Vertagung beschlossen. Der Gegenstand ist damit erledigt.

Dienstag 12 Uhr: Gesamtentwurf betreffend Auseinandersetzung zwischen dem Staat und dem ehemaligen Königshaus.

Schluß: 4½ Uhr.

„Solange Majas nicht freigegeben ist, dürfen wir nicht an eigenes Glück denken, ich kann nicht froh sein, während sie so namenlos leidet. Vorwiegend soll alles zwischen und äußerlich so bleiben, wie es bis heute war.“

„Erehrte ihre Brinde und gab ihr recht.“

Die Morgenzeitungen brachten ausführliche Bericht vom ersten Verhandlungstage. Raoul Bronnarts und Majas Lindners Name war in aller Munde.

Der Prozeß tritt in den nächsten Tagen nur langsam vorwärts. Eine Menge Zeugen wurden vernommen. Alle Menschen, die Raoul Bronnart gefannt hatten und irgendwie Bemerkenswertes über ihn auszusagen imstande waren, wurden befragt, denn man wollte ein möglichst genaues Bild seines Charakters erhalten.

Über die Aussagen über ihn waren so widersprüchlich. Man bekam ein buntes Gemisch. Gutes Bild von der Art und dem Wesen dieses Mannes. Gutes wurde immer wieder klar: aus allen Aussagen ging hervor, daß Raoul Bronnarts Macht über die Menschen, mit denen er in Verbindung kam, eine große war.

Lobendes und Abnelndes in reicher Fülle wurde über ihn gesagt. Frauen wurden als Feiglinge vernommen, in deren Häusern er früher verkehrte, deren Männern er Freund gewesen war. Und man merkte: aus mancher Aussage lag ein Haß, aus mancher immer noch nicht verwundene Liebe. Man ahnte, daß Raoul Bronnart mit mancher dieser hübschen und eleganten Frauen, die in diesen Tagen vernommen wurden, derzeitig mehr vermischt haben mochte als ein bloßer gesellschaftlicher Verkehr.

Man erfuhr aus den Aussagen vielerlei aus seiner kindbewegten Vergangenheit, aus seinem vielbesagten Liebesleben. Aber das alles lag dem eigentlichen Gang dieses Prozesses doch fern, die Spannung erlebte allmählich, diese Dinge, die der ferneren Vergangenheit angehörten, interessierten nicht so sehr, man wartete ungeduldig auf die Hauptzeugen.

(Fortsetzung folgt.)



